

Nr. 5/GP XXIII

Mitteilung über die Initiativen und Anträge des Freiheitlichen Parlamentsklubs

Liebe Gesinnungsfreunde!

Mit dem vorliegenden Klubjournal wenden wir uns in der vorweihnachtlichen Zeit wieder aus dem Freiheitlichen Parlamentsklub an unsere Gesinnungsfreunde.

Als durchaus erfreulich sind die jüngst zugesicherten Pensionsanpassungen zu bezeichnen. Gerade niedrige Pensionen wurden mit 2,9% bedacht. Genauso wie im letzten Jahr war sicher der Druck unserer Fraktion für den Umfang der Erhöhungen ausschlaggebend. In der letzten Sitzung haben wir mit einem [dringlichen Antrag auf die Armutsgefährdung der österreichischen Bevölkerung](#) und insbesondere der Pensionisten und Familien durch die rasanten Preissteigerungen hingewiesen und umfangreiche Forderungen eingebracht. Neben der Freude über die Erhöhung der Pensionen darf man jedoch nicht auf unsere heimischen Familien vergessen. Die Familienleistungen wurden seit Jahren nicht mehr an die Inflation angepasst. In diesem Bereich ist eine Stärkung dringend geboten. Die ÖVP ist in der Familienpolitik mittlerweile auf unser [Familiensteuersplitting-Modell](#) aufgesprungen. Nachdem wir die Einführung eines Familiensplittings seit Jahren im Parteiprogramm verankert haben und diese Forderung zuletzt im Wahlprogramm aufgestellt haben, hat die ÖVP in ihrem „Perspektivenpapier“ (insgesamt 64 Seiten) diesem Thema immerhin 16(!) Zeilen gewidmet. Die Berichterstattung in den Medien hat dennoch den Eindruck erweckt, es würde sich um eine völlig neue und umfangreich behandelte Idee der ÖVP handeln.

Die katastrophale demographische Entwicklung und der rasante Geburtenrückgang – Österreich ist laut einer jüngsten Studie der Akademie der Wissenschaften das Schlusslicht in Europa, wenn es um den Kinderwunsch ([persönliche ideale Kinderzahl, Eurobarometer 2006](#)) geht – werden es in Zukunft erforderlich machen, das Pensionssystem zur Gänze umzubauen. Der sogenannte Generationenvertrag, auf dem unser Pensionssystem aufbaut, kann auf Dauer nur funktionieren, wenn auch nachfolgende Generationen vorhanden sind. Es handelt sich eben gerade nicht um eine Pensions-„Versicherung“. Die Pensionsbeiträge unterstützen die Elterngeneration im Alter und haben in



diesem Umlageverfahren eigentlich nichts mit einer Kapitalanhäufung für das eigene Alter zu tun. Für die eigene Alterssicherung können nur Beiträge von (eigenen oder fremden) erwachsen gewordenen Kindern zur Verfügung stehen. Von diesem Umlagesystem profitieren heute vor allem Kinderlose. Schon jetzt fließen im Pensionssystem pro Jahr etwa 7 Mrd. Euro von Mehrkindfamilien zu Kinderlosen und Einkindfamilien. Erst ab einer Kinderzahl von zwei trägt sich das System selbst. Dieser generative Beitrag wird in unserem Pensionssystem in keinsten Weise berücksichtigt. Ganz im Gegenteil, sind es doch hauptsächlich Mütter, die trotz ihrer Erziehungsleistungen mit den geringsten Pensionen auskommen müssen. In Deutschland gibt es Berechnungen, die über die finanziellen Auswirkungen der Kinderlosigkeit Aussagen treffen. So fließen Kinderlosen über ihr gesamtes Leben betrachtet etwa 200.000,- Euro vom Staat zu, hingegen trägt ein Bürger mit drei Kindern auf sein Leben betrachtet etwa 300.000,- Euro zum Staatswesen bei. Die monetäre Differenz zwischen Kinderlosigkeit und drei Kinder beträgt also eine halbe Million Euro. Diese Schieflage muss ebenso wie das familienfeindliche Steuersystem beseitigt, und der Familiengründung wieder ein echter, auch spürbarer Sinn gegeben werden. Schließlich hat die Entwicklung des modernen Sozialstaats sukzessive sämtliche Sicherungs- und Schutzfunktionen der Familie übernommen. Diese müssen ihr wenigstens in Ansätzen wieder zurückgegeben werden.

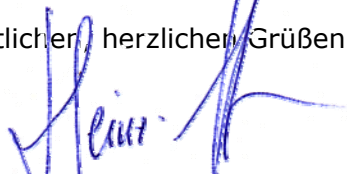
Ein weiteres – vor allem mediales – Thema in diesem Herbst war die Forderung der Linken nach einem humanitären Bleiberecht. Die Grünen haben zu diesem Thema sogar eine Sondersitzung einberufen. Dieser parlamentarischen Aktion ging der medial kampagnisierte Aufbau des Falles „Arigona Zogaj“ voraus. Auf die Lebensgeschichte der Familie Zogaj selbst möchte ich an dieser Stelle nur mehr stichwortartig eingehen: Illegale Einreise des Vaters, Schwarzarbeit, Ausreise, illegale Einreise mit der gesamten Familie, schon 2003 Klarheit darüber, dass es kein Asyl geben wird, auch humanitärer Aufenthalt abgelehnt, Verurteilung eines Sohnes, weitere Anzeigen gegen den Vater und einen anderen Sohn, im Übrigen soll der Vater einen LKW gestohlen und um 7.000,- Mark verkauft haben, etc.

Dies war der wirkliche Hintergrund für die medial aufbereitete Suppe, die uns die Grünen als Sondersitzung im Nationalrat am 10. Oktober 2007 serviert haben. Vorerst konnte die Einführung eines Bleiberechts verhindert werden. Zwischenzeitlich wird der „gutmenschliche“ Druck jedoch wieder erhöht, diesmal mit der Familie Zogaj und Aussagen des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes. Es bleibt zu hoffen, dass sich ein Rechtsstaat nicht von medialen Kampagnen erpressen lässt und durch Einführung eines Bleiberechts nicht weitere Tore für eine ungebremste Einwanderung geöffnet werden. Die FPÖ wird sich diesbezüglich weiter hinter die Österreicher stellen und mit allen Mitteln die Einführung eines Bleiberechts zu Verhindern versuchen.

Schlussendlich darf ich noch auf meine Petition zur Durchführung einer Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag unter dem Titel „Frei und neutral – statt EU-Knecht ohne Recht“ hinweisen. Diesem Klubjournal wird eine Unterschriftenliste beigelegt, welche Sie zur Sammlung von Unterschriften in ihrem Bekannten- und Verwandtenkreis verwenden können. Die Petition kann auch im Internet unter <http://www.oesterreichbleibfrei.at/> unterschrieben werden. Dort finden Sie auch umfangreiches [Informationsmaterial](#) über den EU-Reformvertrag, der unsere österreichische Bundesverfassung schon bald ablösen soll.

Ich möchte allen ehrenamtlichen Funktionären und allen Gesinnungsfreunden ein besinnliches Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 2008 wünschen.

Mit freiheitlichen, herzlichen Grüßen



Euer Heinz-Christian Strache



Unsere Freiheit und Neutralität wird durch die EU bedroht. Unser Österreich braucht jetzt Ihre Hilfe!

Wir, die Unterzeichner dieser Petition, fordern, dass die österreichische Bevölkerung in einer Volksabstimmung in Österreich darüber entscheiden soll, ob der EU-Verfassungsvertrag ratifiziert (angenommen) und die Türkei Mitglied der EU werden soll. Die politischen Entscheidungsträger haben sich verbindlich an das Ergebnis dieser Volksabstimmung zu halten und keine einsamen Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg zu treffen.

Name:	Adresse:	Datum:	Informationen zusenden (*)	Unterschrift:
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	
			Ja <input type="radio"/>	

* Ich bin damit einverstanden, dass die Initiatoren meine von mir zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten verwenden, um mir Informationen in Form von Postzusendungen, E-Mails, SMS oder Ähnlichem zukommen zu lassen. Meine Daten dürfen elektronisch erfasst werden.

Volksabstimmung sichern

**Unterschriftenmöglichkeit auch auf www.fpoe.at
 Info-Tel.: 01/406 75 17 (werktags von 9-16 Uhr)**

Bericht des Klubdirektors Parl. Rat Mag. Norbert Nemeth

Liebe Freunde!

Sofort nach Beginn der 2. Tagung der XXIII. GP des NR haben wir die parlamentarische Arbeit mit Volldampf fortgesetzt. Erste wichtige Ereignisse waren unsere Klubklausur in Stegersbach und die Haussitzung vom 27. September 2007 in der wir eine Debatte von historischer Bedeutung initiierten.



Freiheit und Recht in Europa?

Unter dem Motto „Österreich bleib frei – neutral-heimatbewußt-selbstbestimmt“ durften wir in Stegersbach o. Univ.-Prof. Dr. Schachtschneider begrüßen. Er ist einer breiten Öffentlichkeit als jener Mann bekannt, der die Ratifizierung einer Verfassung für Europa vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe zu Fall brachte.

Zentrale Aussage Prof. Schachtschneiders war die Kritik an der de-facto-Bundesstaatlichkeit der Europäischen Union, die alle Voraussetzungen für einen existenziellen Staat erfüllt, bis auf die Legitimierung durch ein Staatsvolk. Unter dem Titel „Freiheit und Recht in Europa“ führte Schachtschneider zudem ausführlich den Begriff der Freiheit und seine eigentliche Bedeutung aus, bzw. das Nichtvorhandensein dieser Freiheit in Europäischem Recht, bzw. einem zukünftigen Reformvertrag.

Deutlich wies er darauf hin, dass bereits jetzt ein „Diktat“ der Europäischen Gerichtshöfe herrsche. Dieses gelte es im Sinne eines nationalstaatlich geprägten Europas, eines Europas der Vaterländer, zu bekämpfen, bzw. für ein demokratisches Europa mit Gewaltenteilung auf nationaler Ebene zu arbeiten, für die Souveränität der Mitgliedsstaaten. Der bürokratische Richterstaat würde sich durch den neuen Reformvertrag nur verstärken, zumal die Vorrangigkeit der EU-Richtersprüche vor nationalem Recht weiter betont werden würde.

Prof. Schachtschneider warnte ausdrücklich vor der bevorstehenden Errichtung einer bürokratischen Diktatur, die über ein 500 Millionen Einwohner-Land regieren würde, was den Tod der europäischen Demokratien bedeuten würde, die seiner Ansicht nach nur durch „kleine Einheiten“ möglich wären – sprich die Nationalstaaten.

Ganz klar ist für Prof. Schachtschneider die Frage nach einer Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag. Nicht nur in Deutschland, auch in Österreich müssten die Menschen das Recht haben, über einen solchen Vertrag abzustimmen. Durch den Vertrag sieht er grundlegende Bausteine der deutschen, aber auch der österreichischen Verfassung berührt.

Zu diesem Thema wurde Prof. Schachtschneider vom Freiheitlichen Parlamentsklub beauftragt, eine „Expertise zur Gesamtänderung der Bundesverfassung Österreichs durch den Reformvertrag der Europäischen Union und die Notwendigkeit einer Abstimmung des Bundesvolkes über diesen Vertrag“ auszuarbeiten. Diese Expertise kommt zu dem eindeutigen Schluss, dass eine Volksabstimmung unerlässlich ist. Sie kann in elektronischer Form auf den Seiten des Freiheitlichen Parlamentsklubs abgerufen werden:

[Expertise von Univ.-Prof. Dr. Schachtschneider](#)
[Kurzfassung dieser Expertise](#)

Scheidungsopfern helfen!

Von hoher Bedeutung war auch, dass wir uns auf unserer Klubklausur mit der Problematik der Scheidung auseinander gesetzt haben.

Grundsätzlich ist unser Zugang zu diesem Thema ein geschlechtsneutraler, vor allem haben wir das Recht der Kinder auf beide Elternteile vor Augen. In der Praxis sind es vor allem Frauen, die oft unter der Zahlungsunwilligkeit bzw. Zahlungsunfähigkeit des geschiedenen Partners zu leiden haben, geschiedene Väter wiederum stehen oft vor dem Problem, dass ihnen ihre Kinder vorenthalten werden und die Unterhaltsleistungen in manchen Fällen existenzbedrohende Höhen annehmen.

Viele Mütter unterbinden den Kontakt der Kinder zu ihren Vätern und damit auch zu den Großeltern. Die Gerichte arbeiten in solchen Fragen sehr träge, nur in den seltensten Fällen kommt es überhaupt zur Anwendung von Zwangsmitteln. Wir fordern daher eine unbedingte Entscheidungspflicht in solchen Verfahren von 6 Monaten und die Anwendung sämtlicher Mittel zur Durchsetzung des Besuchsrechts.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die gemeinsame Obsorge (dort gemeinsame elterliche Sorge) der gesetzliche Regelfall nach einer Scheidung. Jener Elternteil, der die Alleinsorge für die Kinder anstrebt, muss nachweisen, dass die gemeinsame elterliche Sorge dem Kindeswohl abträglich ist.

Seit 01.07.2001 gibt es in Österreich die Möglichkeit, die „Obsorge beider Elternteile“ im Falle einer Scheidung freiwillig zu vereinbaren. Diese Regelung wurde im Jahr 2005 einer Evaluierung unterzogen. Die [Evaluierungsstudie des BMJ](#) brachte unerwartete Ergebnisse. Die neue Möglichkeit der gemeinsamen Obsorge wurde im Untersuchungszeitraum in über 53% der Fälle in Anspruch genommen. Positive Auswirkungen sind vor allem die schnellere Beruhigung des Konfliktniveaus, weniger Konflikte um die Ausübung des Besuchsrechts, hohe Zufriedenheit mit der Obsorge beider Elternteile, häufigere Kontakte der Kinder mit dem getrennt lebenden Elternteil, eine zehn mal niedrigere Kontaktabbruchrate als bei alleiniger Obsorge, der getrennt lebende Elternteil übernimmt quantitativ und qualitativ mehr elterliche Aufgaben und Verantwortung, mehr Austausch zwischen den getrennt lebenden Eltern, positive Auswirkungen auf die Zahlung des Kindesunterhalts (pünktlicher, Höhe wird eher als angemessen erlebt)...

Die FPÖ fordert daher, dass die Obsorge beider Elternteile gesetzlich vorgeschrieben wird, und ein Abgehen von dieser Regelung nur bei Vorliegen einer Gefährdung des Kindeswohls möglich sein soll.

Gemäß § 291b Exekutionsordnung kann bei der Exekution gegen einen Unterhaltsschuldner das Existenzminimum um 25 Prozent unterschritten werden. Für viele Unterhaltsschuldner bietet das derzeitige System wenig Anreiz, ein eigenes bzw. höheres Einkommen zu erzielen. Mancher verzichtet daher völlig auf die Erwirtschaftung eines Einkommens, gleitet in die Arbeitslosigkeit und/oder Schwarzarbeit ab oder steigt völlig aus der Gesellschaft aus. Dadurch werden auch die Familien, die auf die Unterhaltsleistungen angewiesen sind, massiv geschädigt. Dieser Umstand belastet die Beziehung zwischen den ehemaligen Elternteilen und zwischen den Kindern und dem getrennt lebenden Elternteil.

In der parlamentarischen Arbeit werden wir auf eine Gesetzesänderung hinarbeiten, die dem Unterhaltsrecht seine brutalsten Auswirkungen nehmen soll. Beispielsweise bleiben einem Durchschnittsverdiener, der € 1.500,-- monatlich verdient, ab drei Kindern nach einer Scheidung nur € 700,-- pro Monat zum Leben. Hier müsste der Staat einspringen, bzw. wäre dafür zu sorgen, dass durch ein familienfreundliches Steuersystem solche Fälle erst gar nicht entstehen können.

Dringlicher Antrag

Einen weiteren Akzent in der Islamismuskussion setzten wir in der NR-Sitzung vom 27. September 2007. In einem [dringlichen Antrag](#) verlangten wir, dass die Bundesregierung, allen voran der Bundesminister für Inneres, aufgefordert wird, die von ihr praktizierte, falsch verstandene Toleranz gegenüber dem Islamismus aufzugeben und durch die strikte Anwendung der bestehenden Rechtsordnung dafür Sorge zu tragen, dass unser Staat vor der fortschreitenden Islamisierung und den damit verbundenen Terrorgefahren effektiv geschützt wird, ohne dass der Errichtung eines Polizei- und Überwachungsstaates Vorschub geleistet wird. Es war dies die erste Debatte zum Thema Islamisierung überhaupt.

Dass unser Antrag von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde ist zwar nicht wirklich überraschend, vor dem Hintergrund, dass im Jahre 2051 zwischen 34% und 42% der Untervierzehnjährigen Muslime sein werden, aber absolut erschreckend.

Ich verbleibe mit freiheitlichen Grüßen

Euer Norbert Nemeth



Eindrücke von der Klubklausur in Stegersbach

Zukunft.Vordenken. **Freiheitliches Impulsprogramm Wirtschaft**

Die Zukunft erkennt man nicht, man schafft sie! (Stanisław Brzozowski)

Wie allerorts bekannt ist, sind kleine und mittlere Unternehmen das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Sie tragen wesentlich zur Entstehung von Arbeitsplätzen bei, fördern den Unternehmergeist und die Innovationskraft und spielen deshalb eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung. Das freiheitliche Programm soll Impulse setzen, damit die beschriebene Rolle der KMUs gesichert bzw. ausgebaut wird.

Eine freiheitliche Wirtschaftspolitik konzentriert sich daher auf die Schaffung von zielführenden Rahmenbedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Es gilt dabei nicht „Groß“ und „Klein“ auseinander zu dividieren, sondern den kleineren Einheiten mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, denn sie leiden überdurchschnittlich unter bürokratischen, steuerlichen und überbordenden sozialrechtlichen Belastungen.

Wir bekennen uns zu einer sozialen und fairen Marktwirtschaft! Es gilt daher dem Manchesterliberalismus und dem schrankenlosen Kapitalismus Einhalt zu gebieten.

Die immer stärkere und schnellere Fortschreitung der Globalisierung stellt uns vor neue Herausforderungen. Ohne echte Neuorientierungen – die Antworten für die Zukunft und die neuen Wirtschaftsgegebenheiten liefern – wird die österreichische Wirtschaftsstruktur das hohe Einkommens- und Sozialniveau nicht aufrecht erhalten können; mit drastischen Konsequenzen für Arbeitslosigkeit, soziale Kohäsion und politische Stabilität. Strukturelle Reformen – zur wirksamen Sicherung der Kaufkraft und des Wohlstandes – sind vor allem im Bereich der Einkommenssteuer und Entlastung des Faktors Arbeit notwendig. Gesicherte und zukunftsorientierte Arbeitsplätze sind eine Grundlage für eine positive Staatsentwicklung.

Das „Freiheitliche Impulsprogramm Wirtschaft“ beschäftigt sich unter anderem mit konkreten Maßnahmen zur Entlastung des Mittelstandes. So fordern wir die Einführung des Familiensplittings und die Verbreiterung der Tarifstufen um der kalten Progression den Garaus zu machen. Darüber hinaus fordern wir die Einführung des „Finnischen Modells“ zur Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen. Auch die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten wird eingefordert.

Ein Unding der österreichischen Gesetzgebung ist die Steuer auf Verluste. Die Mindestkörperschaftssteuer und so genannte Bagatelsteuern (Kreditgebühr, Bestandsgebühren, Gesellschaftsteuer, Werbesteuer, usw.) sind umgehend ersatzlos zu streichen.

Weitere Forderungen sind beispielsweise die Wiedereinführung einer Investitionsbegünstigung, die Änderung der Abschreibungszeiten für schnelllebige Wirtschaftsgüter, die Indexanpassung der Geringwertigkeitsgrenze, die Vorsteuerabzugsfähigkeit für betrieblich genutzte PKWs sowie massive Erleichterungen bei der Betriebsnachfolge.

Im Kapitel „Beschäftigung steigern“ zeigt das Impulsprogramm konkrete Maßnahmen auf, um Lohnnebenkosten zu senken. So gibt es z.B. beim IESG-Fond oder bei der AUVA konkrete Einsparungsmöglichkeiten.



NAbg. Bernhard Themessl,
Wirtschaftssprecher der FPÖ

Weiters sind bei der geringfügigen Beschäftigung Potenziale vorhanden, um diese Form der Beschäftigung attraktiver – für Arbeitnehmer und Arbeitgeber - zu gestalten. Für „Schwarzarbeitende“ Arbeitslose werden strengere Sanktionen eingefordert.

Ein großes Kapitel widmet sich der Lehrlingsausbildung. Wir brauchen unbedingt neue Wege in der dualen Ausbildung. Das Impulsprogramm widmet sich dem Konzept des „Modularen Aufbaus“ der dualen Ausbildung und setzt hier klare Akzente.

Mobiles Österreich statt Kostentreiberei: Seit 1999 sind die Kosten für Kraftstoffe, Maut, Versicherung, usw. um satte 65% explosionsartig gestiegen. Der Verkehrsabsetzbetrag ist seit 1989 gleich. Kilometergeld und Pendlerpauschale nur geringfügig angepasst. Die Kostenlawine der Autofahrer ist gewaltig.

Auch hier setzt das Freiheitliche Impulsprogramm seine Visionen in konkrete Zielvorstellungen um. Ein Maßnahmenkatalog, der beispielsweise die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Treibstoffe vorsieht, soll Abhilfe schaffen.

Zum Schluss punktet das innovative Programm mit dem Themenbereich „Heimat positionieren“. In diesem Kapitel wird eine Staats- und Verwaltungsreform - einhergehend mit einer Halbierung der Bürokratie – eingefordert. Schattenwirtschaft, öffentliche Auftragsvergabe, Betriebsanlagengenehmigungen, Gewerbeordnung usw. sind weitere Themenkomplexe, die behandelt werden. Ein zentrales Thema ist auch die Stärkung der Nahversorgung und die Privatisierung mit Hausverstand.

Die unternehmerische Tätigkeit der kleinen und mittleren Betriebe, muss sich wieder lohnen! Ein Zusammenwirken von Unternehmern und Beschäftigten unter Einbeziehung eines sozialen Aspektes sind die Herausforderungen der Zukunft. Viele Menschen in unserem Land verlangen nach einer verantwortungsvolleren und menschlicheren Wirtschaftspolitik - wir geben die Antworten!

[Das „Freiheitliche Impulsprogramm Wirtschaft“](#)

Kurz notiert:

Zur Forderung nach einer Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag – Heinz-Christian Strache hat eine [Petition](#) zu diesem Thema initiiert – gibt uns auch Nicolas Sarkozy recht:



„Laut einem Bericht des Brüssel-Korrespondenten der britischen Zeitung „The Telegraph“, Bruno Waterfield (15.11.2007), habe Nicolas Sarkozy in einer geschlossenen Sitzung vor EU-Parlamentariern zugestanden, dass „Referenden über den neuen EU-Vertrag ‚gefährlich‘ seien und dass sie in Frankreich, England und anderen Ländern negativ ausgehen würden. Es gibt eine Kluft zwischen den Völkern und den Regierungen.“

Über das Referendum vom 25. Mai 2005 sagte Sarkozy, dass Frankreich mit seinem NEIN-Votum anderen Ländern keinesfalls voraus sei“. Er fügte hinzu: „Dasselbe würde in anderen Mitgliedsstaaten passieren, wenn dort ein Referendum zugelassen würde. Ein Referendum würde Europe heute in Gefahr stürzen. Es würde keinen Vertrag geben, wenn ein Referendum in Frankreich stattfindet, und genau dasselbe würde auch im Falle eines Referendums in Großbritannien passieren.“

(Artikel im französischen Original: http://www.solidariteetprogres.org/spip/article.php3?id_article=3508 ;

Artikel in der britischen Zeitung „The Telegraph“: <http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=/news/2007/11/14/wfra114.xml>)

Medien und die FPÖ

Im letzten Klubjournal ([Nr. 4-2007](#)) haben wir unter dem Titel „Medien schweigen FPÖ tot“ auf die Behandlung unserer Partei und insbesondere der Themen die wir als Meinungsführer in den einzelnen Bereichen abdecken hingewiesen.

Die **Popularbeschwerde** gegen die Einladungspolitik des ORF wurde bislang immer noch nicht vom Bundeskommunikationssenat behandelt. Eine Entscheidung sollte jedoch innerhalb der nächsten Wochen fallen.

FPÖ-Generalsekretär NAbg. Harald Vilimsky hat seine angekündigte Initiative gegen die Gebührenhoheit des ORF in der Zwischenzeit als **Internet-Petition** umgesetzt.

>>> www.weg-mit-den-orf-gebuehren.at <<<

Zehntausende Bürger haben diese Petition unter dem Titel „**Weg mit den ORF-Gebühren**“ bereits unterschrieben und damit ein Zeichen gegen Geld- und Gebührenverschwendung im ORF und für eine objektive Berichterstattung gesetzt. Bitte unterstützen Sie diese Petition selbst und tragen auch Sie bei der Verbreitung dieser Initiative im Freundes- und Familienkreis bei. Alle weiteren Informationen erhalten Sie unter www.weg-mit-den-orf-gebuehren.at.



Da unsere mehrmals wöchentlich stattfindenden Pressekonferenzen in den Medien kaum Erwähnung finden, haben wir uns dazu entschlossen, **Filmausschnitte** aus diesen **Pressekonferenzen** im Internet selbst zu veröffentlichen. Dazu wurde auf den Internet-Seiten des Freiheitlichen Parlamentsklubs ein eigener „Filmdienst“ - Bereich eingerichtet.

Weiters stehen sämtliche Filmausschnitte auch auf der Internet-Video-Plattform YouTube, zur Verfügung.

Nutzen Sie die Gelegenheit, sich aus erster Hand über die freiheitliche Politik in den einzelnen Themenbereichen zu informieren. Dieses Film-Angebot wird in den nächsten Monaten weiter ausgebaut und soll im Laufe der Zeit thematisch sämtliche Politikfelder unserer Bewegung abdecken. Ein Blick darauf lohnt sich sicher:



www.fpo-parlamentsklub.at
www.youtube.com/oesterreichzuerst

Zwischenzeitlich wurde eine **weitere Beschwerde** über den ORF an den Bundeskommunikationssenat vom Freiheitlichen Parlamentsklub verfasst. Die Beschwerde befasst sich mit der unglaublichen Berichterstattung rund um unsere jüngst abgehaltene Klubklausur in Stegersbach (Burgenland). In der Sendung Hohes Haus (ORF 2 vom 30.09.2007 um 12:00 Uhr) wurde ein Beitrag über die Freiheitliche Partei Österreichs, betreffend die Klubklausur der FPÖ im Burgenland ausgestrahlt. Bereits im einleitenden Kommentar wurde durch die Redakteurin darauf aufmerksam gemacht, dass in der gegenständlichen

Sendung ein gewisser "Herr (Dr.) Heribert Schiedl" verkleidet ein Interview geben würde, da er Angst vor Übergriffen und Racheakten aus der rechten Szene habe. In der Folge ergab sich aus dem Interview des "Heribert Schiedl", dass "in der Programmatik des Rechtsextremismus an erster Stelle das Kollektiv steht, die so genannte natürliche oder gewachsene Gemeinschaft, das Volk, die Familie. Und rund um diesen Grundsatz des Rechtsextremismus, den man im Übrigen auch in der FPÖ Parteiprogrammatik finden könne, bilde sich sozusagen die Ideologie aus."

Durch den Beitrag wurde insgesamt der Anschein erweckt, dass es sich bei der FPÖ um eine neonazistische Partei und um eine Frontorganisation handle, um eine Organisation, vor welcher der Autor "Heribert Schiedl" Angst vor Übergriffen und Racheakten haben müsste. Dadurch sollte der Eindruck erweckt werden, es handle sich um eine nicht mit den einschlägigen Bestimmungen der österreichischen Rechtsordnung im Einklang stehende Parteiorganisation.

Darüber hinaus wurde der, im Übrigen in der Verfassung niedergeschriebene Ausdruck "Volk" - gemäß Artikel 1 B-VG: Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus - als ein Grundsatz des Neonazismus bzw. des Rechtsextremismus angeführt. Ebenso wird der Begriff „Familie“, welcher vom Schutzzweck des Artikels 12 Menschenrechtskonvention umfasst ist, ebenfalls als neonazistisches rechtsextremes Gedankengut bezeichnet. Durch die Aufmachung des nicht erkenntlichen, weil "vermummten" Interviewten wurde zusätzlich der Eindruck einer Gefahr, welche von der Freiheitlichen Partei Österreichs ausgeht, erweckt. Die Art und Weise, wie der ORF über eine zutiefst demokratische Partei wie die FPÖ berichtet, hat mit öffentlich-rechtlichem Fernsehen und einem der Objektivität verpflichteten Auftrag zur Berichterstattung nichts mehr zu tun. Die FPÖ wird daher die Gangart gegen die links-linke Meinungsdiktatoren am Küniglberg verschärfen müssen. Es kann nicht sein, dass mit Gebührenbeiträgen versucht wird, eine demokratische Partei als kriminell darzustellen.

In dieses Bild fügen sich im Übrigen auch die Vorgänge rund um das Sommergespräch mit BPO KO Heinz-Christian Strache.

Anmerkung zur Person (Dr.) Heribert Schiedl:

Sein wirklicher Name lautet Andreas Peham, Linksextremist und Vertrauter des zwielichtigen Wolfgang Purtscheller, er war Vorsitzender des „Kommunistischen Studentenverbandes“ (KSV) und tingelt als „Rechtsextremismusexperte“ des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes“ (DÖW) durch die Lande. Wolfgang Purtscheller stand mit den Anarcho-Terroristen von Ebergassing, Konicek und Thaler in Kontakt, die am 20. April 1995 beim Versuch, einen Strommast in die Luft zu sprengen, ums Leben kamen. Dieser Anschlag sollte dem Dritten Lager in die Schuhe geschoben werden (Bombe ähnlich denen, die im Südtiroler Freiheitskampf verwendet wurden; 20. April – Geburtstag von Adolf Hitler). Purtscheller tauchte nach dem „missglückten“ Anschlag in Mexiko unter.

Neue Freie Zeitung im Internet

Alle Ausgaben der „Neuen Freien Zeitung“ des Jahres 2007 können seit kurzem auf der Internetseite des Freiheitlichen Parlamentsklubs eingesehen und herunter geladen werden. Die Internetadresse lautet:

<http://www.fpo-parlamentsklub.at> (Bereich Presse/NFZ)



Homosexuelle Partnerschaften

Es geht bei der Frage der Gleichstellung homosexueller Paare mit der Ehe nicht um Gleichberechtigung, weil es den Rechtssatz „Gleiches ist gleich und Ungleiches ist ungleich“ zu beachten gilt. Abseits der Ehe gibt es viele Erscheinungsformen des zwischenmenschlichen Zusammenlebens. So handelt es sich zum Beispiel beim Zusammenleben von Geschwistern, die sich etwa im Alter gegenseitig Beistand und Pflege zukommen lassen oder bei Wohngemeinschaften, die den Alltag gemeinsam und mit einer gemeinsamen „Kassa“ bestreiten um solche Erscheinungsformen.

Warum wird und wurde die Ehe in allen Gesellschaftsformen, Rechtssystemen, Religionen, Kulturen und zu allen Zeiten als eigenes Rechtsinstitut entwickelt und gegenüber Dritten bevorzugt? § 44 ABGB definiert die Ehe folgendermaßen:

„Die Familienverhältnisse werden durch den Ehevertrag gegründet. In dem Ehevertrage erklären zwei Personen verschiedenen Geschlechts gesetzmäßig ihren Willen, in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben, Kinder zu zeugen, sie zu erziehen, und sich gegenseitig Beistand zu leisten.“

Die organisierte Homosexualität fordert eine Gleichstellung der homosexuellen Lebensgemeinschaft mit der heterosexuellen Ehe. Dabei wird oft die Forderung „Gleiches Recht für gleiche Liebe“ erhoben. Im § 44 ABGB geht es nicht nur um Liebe sondern auch um die vorweggenommene Absicht gemeinsame Kinder zu zeugen, sie zu erziehen und ihnen und dem Ehepartner gegenseitigen Beistand zu leisten. Es sollen aus einer Ehe also Kinder und damit neue Staatsbürger hervorgehen. Darin liegt auch das hohe Interesse des Staates und damit der Öffentlichkeit am Institut Ehe, nämlich das Interesse an der Sicherung der Existenz des Staatswesens, des Volkes durch die Schaffung neuer Generationen. Es geht dem Staat primär um die nächste Generation im sogenannten Generationenvertrag, die die Aufgabe hat, die als Umlageverfahren organisierten Sozialleistungen des Staates und auch das Steueraufkommen in der Zukunft zu gewährleisten. Alle Kulturen, Religionen und Staaten sehen und sahen seit jeher die Ehe als die optimale Institution zur Erfüllung der elementaren generativen Aufgaben. Daher wurde der Ehe auch ein besonderer rechtlicher Schutz zuteil etwa staatliche Leistungen, Vergünstigungen, der Eingriff in Rechte Dritter (in das Eigentumsrecht in Mietverträgen, Rechtsstellung im Exekutionsrecht), etc.

Mit dem Institut der Ehe eröffnet der Staat Paaren die Möglichkeit, ihr Zusammenleben zu verrechtlichen. Dies geschieht durch Abgabe einer Willenserklärung vor dem Standesbeamten. Damit einher gehen sowohl Rechte, auf die noch einzugehen ist, und vor allem Pflichten. Die Pflichten dürften großteils bekannt sein. Es werden aber auch Regelungen an die Ehe geknüpft, welche es erschweren, dieses Band wieder aufzutrennen (Scheidung, Unterhaltsverpflichtungen, etc.). Diese Regelungen wurden nicht etwa eingeführt, um erwachsene Menschen ihrer Flexibilität zu berauben, sondern vor dem Hintergrund, dass auch die erwünschten Kinder aus dieser Ehe hervorgehen sollen und bei den gegebenen erschwerten Trennungsregelungen diese eher zu erwarten sind.

Durch die Tatsache einer Eheschließung werden unter Umständen die Rechte Dritter beträchtlich beschnitten. So etwa das Eigentumsrecht des Vermieters über sein Eigentum (Wohnung) im Falle des Todes des Mieters frei zu verfügen, oder die schlechtere Stellung von Gläubigern im Exekutions- und Konkursrecht, oder die Schlechterstellung anderer Angehöriger im Erbrecht. Durch die Tatsache, dass man einem „Verheirateten“ rechtlich gegenüber steht, verschlechtert sich also die Rechtsposition von Dritten.

Warum haben alle Kulturen und Rechtssysteme solche Auswirkungen an die Ehe geknüpft? Es wurde eine Interessensabwägung vorgenommen. Es wurde das öffentliche Interesse (die Erwartung, dass aus einer Ehe neue Staatsbürger hervorgehen) mit den persönlichen Interessen von Dritten an der Beibehaltung ihrer Position im Rechtsverkehr abgewogen. Alle Rechts-, Staats-, und Religionssysteme haben diese Interessensabwägung zu Gunsten der Ehe und deren Auswirkung – nämlich Kinder – entschieden.

Kurz zusammengefasst kann man es wie folgt formulieren: Der Staat will Kinder; er bietet Personen die Möglichkeit ein verrechtlichtes Zusammenleben zu führen, das aus Sicht des Staates etwa durch erschwerte Trennungsregelungen etc. die Aussicht auf diese Kinder erhöht und erkaufte sich die Einwilligung in das Eheband durch Besserstellungen gegenüber Dritten und dem Staat. Das ist das Wesen der Ehe.

Auch wenn sich unsere Gesellschaft hin zur Promiskuität, Untreue und damit zur zunehmenden Instabilität menschlicher Beziehungen wandelt, hat der Staat nach seinen und damit den öffentlichen Interessen zu handeln. Daher wurden Vergünstigungen, die vorher ausschließlich der Ehe vorbehalten waren auch auf Lebensgemeinschaften ausgeweitet, so diese bestimmten Mindestanforderungen genügten. Dies deshalb, weil auch aus nichtehelichen heterosexuellen Lebensgemeinschaften Kinder entstanden und die Partner einander Beistand leisteten und die Kinder erzogen.

Dennoch setzt der Staat eine Erwartung in eine verrechtlichte Beziehung. Bei heterosexuellen Beziehungen kann diese Erwartungshaltung befriedigt werden, auch wenn eine solche Beziehung ursprünglich nicht von einem Kinderwunsch getragen war. In einer Beziehung von gleichgeschlechtlichen Personen kann diese Erwartungshaltung des Staates aus biologischen Gründen nicht befriedigt werden.

Diese, von der Natur vorgegebene Unterschiedlichkeit in den Beziehungen ist es, die eben eine Gleichstellung wegen der vorliegenden Ungleichheit nicht rechtfertigt. „Nur“ weil sich zwei Personen ihre Liebe versprechen und sich auch tatsächlich lieben, dürfen die Rechte Dritter nicht beschnitten werden. Der Staat hat hier auf die Interessenslagen dieser Dritten Rücksicht zu nehmen. Eine Interessensabwägung geht hier aus unserer Sicht zu Ungunsten der homosexuellen Partnerschaften aus.

Anpassungen etwa bei Auskunfts-Regelungen im Gesundheitswesen sind aus freiheitlicher Sicht durchaus vertretbar. Diese sinnvollen Anpassungen werden jedoch durch die gesellschaftspolitisch motivierte organisierte Homosexualität verhindert. Diese versteift sich auf Maximalforderungen, die mittlerweile über eine Gleichstellung mit der Ehe weit hinausgehen. Man will zwar die Ehe, allerdings ohne die „negativen“ Auswirkungen im Trennungs- und Scheidungsrecht. Dadurch werden verständliche und sinnvolle Änderungen in Teilbereichen von den Homosexuellenvertretern selbst unterbunden.

Mittlerweile ist die FPÖ die einzige Partei die in dieser Frage eine ablehnende Haltung einnimmt. Die ÖVP und selbst der Familienbund treten mittlerweile offen für die Gleichstellung ein. Justizministerin Berger hat die Aussagen von führenden ÖVP-Politikern zum Anlass genommen, ihr Ministerium mit der Ausarbeitung eines Gesetzes für Homosexuelle Partnerschaften zu beauftragen. Innerhalb von nur wenigen Tagen wurde das Ehegesetz umgearbeitet. Der Begriff Ehe wurde durch das Wort Lebenspartnerschaft, Ehegatten durch LebenspartnerInnen ersetzt und dem ganzen wurde der Titel Lebenspartnerschaftsgesetz verpasst. Teilweise wurden sogar noch leichte Vergünstigungen gegenüber der herkömmlichen Ehe eingefügt. Die einzige Rechtsfolge, die vorherst noch nicht übernommen wurde ist die Möglichkeit der gemeinsamen Adoption von Kindern. Diese „Einschränkung“ sollte aber in den kommenden Jahren nach Meinung der organisierten Homosexualität noch fallen. ÖVP quo vadis!

Hinweise zur Verwendung

Dieses Dokument enthält eine Reihe von (unterstrichenen) Verweisen auf Internetseiten, die durch Anklicken aufgerufen werden können. Bei der Adressierung der Internetseiten des Parlaments werden häufig Zeichen verwendet, die nur von der aktuellen Version 8.1 des „Acrobat Readers“ (Programm zur Ansicht dieses Dokuments) unterstützt werden. Sollten Sie eine ältere Version des „Acrobat Readers“ verwenden, so ist eine Aktualisierung auf die Version 8.1 für ein reibungsloses Funktionieren der Verweise notwendig. Die aktuelle Version 8.1 des „Acrobat Readers“ finden sie hier:

[Acrobat Reader 8.1](#)

Sollte Ihnen dieses Dokument in Papierform vorliegen, so gelangen Sie über die Internetseite des Parlaments <http://www.parlinkom.gv.at> unter Eingabe der Kurzbezeichnung (z.B.: 173/A) ins Suchfeld zum Verhandlungsgegenstand und damit zum jeweiligen Schriftstück in elektronischer Form. Das Klubjournal selbst können Sie unter <http://www.fpoe-parlamentsklub.at/> in der Rubrik „Klubjournal“ herunterladen.

Anträge

Insgesamt wurden bisher 263 Anträge vom Freiheitlichen Parlamentsklub eingebracht. Hier werden nur jene Anträge aufgeführt, die bisher noch nicht im Klubjournal veröffentlicht wurden. Die Gesamtliste der Anträge ist sowohl auf den Seiten des Parlaments als auch auf der Seite des Freiheitlichen Parlamentsklubs abrufbar.



Gesetzesanträge (Initiativanträge)

Gesamtliste auf www.fpoe-parlamentsklub.at

Gesamtliste auf [Parlamentsseite](#)

Meldegesetz 1991 - MeldeG (427/A)

Bundesgesetz mit dem das Bundesgesetz über das polizeiliche Meldewesen (Meldegesetz 1991 - MeldeG) , BGBl. Nr. 9/1992, geändert wird. Wiedereinführung einer Abfragemöglichkeit nach dem Religionsbekenntnis im Zentralen Melderegister für das BMI.

[Verhandlungsgegenstand](#)

[Antrag](#)

Straßenverkehrsordnung 1960 - StVO. 1960 (426/A)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 6. Juli 1960, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960 - StVO. 1960), BGBl. Nr. 159/1960, geändert wird. Einführung eines "relativen Überholverbotes für LKW auf Autobahnen. Jeweils der äußerst linke Fahrstreifen ist für die Benutzung von PKW und Motorrädern freizuhalten.

Verhandlungsgegenstand

Antrag

Grundrechtsbeschwerde-Gesetz - GRBG (410/A)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Beschwerde an den Obersten Gerichtshof wegen Verletzung des Grundrechts auf persönliche Freiheit (Grundrechtsbeschwerde-Gesetz - GRBG), BGBl. Nr. 864/1992, geändert wird. Der Oberste Gerichtshof soll über das Vorliegen von Tatverdacht und Haftgründe nach Maßgabe eigener Beweiswürdigung und eigener Tatsachenfeststellungen aufgrund der Aktenlage entscheiden.

Verhandlungsgegenstand

Antrag

Bundes-Verfassungsgesetz, BGBl. Nr. 1/1930 (394/A)

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, BGBl. Nr. 1/1930 geändert wird. Zwingende Volksabstimmung z.B. im Zuge der Ratifizierung des EU-Reformvertrags.

Verhandlungsgegenstand

Antrag

Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz - WGG (391/A)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 8. März 1979 über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen (Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz - WGG), BGBl. Nr. 139/1979, geändert wird. Erweiterung der Prüfungsbefugnisse des Rechnungshofes.

Verhandlungsgegenstand

Antrag

Rechnungshofgesetz (R.H.G.) 1948 (390/A)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 16. Juni 1948 über den Rechnungshof (Rechnungshofgesetz (R.H.G.) 1948), BGBl. Nr. 144/1948, geändert wird. Erweiterung der Prüfungsbefugnisse des Rechnungshofes.

Verhandlungsgegenstand

Antrag

Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), BGBl. Nr. 1/1930 (389/A)

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), BGBl. Nr. 1/1930, geändert wird. Erweiterung der Prüfungsbefugnisse des Rechnungshofes.

Verhandlungsgegenstand

Antrag

Einkommensteuergesetz 1988 - (EStG) (386/A)

Bundesgesetz, mit dem das Einkommenssteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988, geändert wird. Inflationsbedingte Anhebung des Taggeldes für Inlandsdienstreisen auf das Niveau der Bundesrepublik Deutschland.

Verhandlungsgegenstand

Antrag

Einkommensteuergesetz 1988 - (EStG) (385/A)

Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988 geändert wird. Anpassung des Kinderabsetzbetrags an die inflationsbedingte Preissteigerung von 50,90 Euro auf 60 Euro

Verhandlungsgegenstand Antrag

Gehaltsgesetz 1956 - (GehG) (333/A)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Bezüge der Bundesbeamten (Gehaltsgesetz 1956 - GehG), BGBl. Nr. 54/1956, geändert wird. Verlängerung der sozialen Abfederungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Bundesheerreform 2010 bis zum Jahr 2013.

Verhandlungsgegenstand Antrag

Bundesgesetz über die Wahl des Nationalrates (331/A)

Bundesgesetz mit dem das Bundesgesetz über die Wahl des Nationalrates, BGBl. Nr. 471/1992, geändert wird. Pro Gemeinde ein barrierefrei erreichbares Wahllokal, damit auch Personen mit Behinderungen persönlich vom Wahlrecht Gebrauch machen können.

Verhandlungsgegenstand Antrag

Bundespflegegeldgesetz – BPGG (327/A)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz, mit dem ein Pflegegeld eingeführt wird (Bundespflegegeldgesetz - BPGG) BGBl. Nr. 110/1993, geändert wird. Verbesserungen bei Pflegestufen.

Verhandlungsgegenstand Antrag

Selbständige Entschließungsanträge

Gesamtliste auf www.fpoe-parlamentsklub.at

Gesamtliste auf [Parlamentsseite](#)

Förderung und Erhalt der deutschen Sprache in ihrer Rolle als zentrales kultur-stiftendes Element (445/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Ökostromgesetz (444/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Einführung eines "Familiensteuersplitting-Modells" (443/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Abschaffung der Zuverdienstgrenze im Kinderbetreuungsgeldgesetz (442/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Gerechte Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten (441/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Inflationsanpassung der österreichischen Familienleistungen (440/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Holzmobilisierung (432/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Verurteilung durch die österreichische Bundesregierung der Unantastbarkeits- erklärung der Benes-Dekrete durch das slowakische Parlament, sowie die Auf- hebung der Benes-Dekrete durch die Slowakei (431/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Verhandlungen der Bundesregierung auf europäischer Ebene zur Erreichung einer restriktiveren Einwanderungspolitik und einem Ausbau der EU-Agentur FRONTEX (430/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Verurteilung des türkischen Völkermordes an den Armeniern durch die Bundes- regierung (429/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Verhandlungen der Bundesregierung auf europäischer Ebene zur Verhinderung einer Verschärfung der europäischen Waffenrechts-Richtlinie (428/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Elektronische Gesundheitskarte ("e-card") mit Lichtbild (425/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Zweckwidmung der Mineralölsteuer (412/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Transatlantic Free Trade Area (411/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Verhalten des Bundeskanzlers im Zuge der Verhandlungen über einen "Vertrag zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft" am Europäischen Rat am 18. und 19. Oktober 2007 (407/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Notwendige Verschärfungen im Asylwesens (404/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Zukünftiger Schutz der Staatsgrenze (403/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>

Erstattung von Arzt- und Spitalskosten für Urlaubsgäste (402/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Untersuchung des Missbrauchs der elektronischen Gesundheitskarte ("e-card") (401/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Allfälligen Organhaftungsklage gegenüber BM a.D. Mag. Herbert Haupt und BM a.D. Ursula Haubner (396/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Harmonisierung der Pensions- und Personalrechte von Bund, Ländern und Gemeinden (395/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Kennzeichnung von Raucher- und Nichtraucherlokalen (388/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Ordentliche historische Aufarbeitung der Partisanen-Verbrechen und ein würdiges Gedenken für deren Opfer (387/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Ausweitung der ÖBB Aktion "7 Euro-Senioren-Ticket" (332/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Kennzeichnung von Fleisch mit dem A-Stempel (330/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Standardisierung des Begutachtungsverfahrens zur Bewertung des Pflegebedarfs (329/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
CO2-Sequestrierung (328/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Einführung einer Meldepflicht bei Lagerung oder Weiterverarbeitung gefährlicher Abfälle (326/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Vergütung von 20 Prozent des Kaufpreises bei der Anschaffung von Kraftfahrzeugen durch Behinderte (325/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>
Religionsunterricht an österreichischen Schulen (324/A(E))	<u>Verhandlungsgegenstand</u>	<u>Antrag</u>

Weiterversicherung in der Pensionsversicherung für pflegende Angehörige (323/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Einführung eines Pflegeberichts (322/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Senkung und Harmonisierung der Tabaksteuer (321/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Gefährdung der österreichischen Weinkultur (320/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Anerkennung von Religionsgemeinschaften (319/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Rechtsanspruch auf persönliche Assistenz am Arbeitsplatz (318/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Einsetzung einer Einsatzgruppe gegen Produktpiraterie am Flughafen Wien (317/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Strikte Anwendung der Rechtsordnung zur Unterbindung der fortschreitenden Islamisierung und der damit verbundenen Terrorgefahr, anstatt Errichtung eines Polizei- und Überwachungsstaates – dringlich (309/A(E))

Verhandlungsgegenstand Antrag

Unselbständige Entschließungsanträge

Gesamtliste auf www.fpo-e-parlamentsklub.at

Gesamtliste auf [Parlamentsseite](#)

Schließung der bestehenden Erstaufnahmestellen des Bundesasylamtes und Errichtung einer neuen Erstaufnahmestelle an der Staatsgrenze (182/UEA)

Verhandlungsgegenstand Antrag

DNA-Tests zur Immigrationskontrolle (181/UEA)

Verhandlungsgegenstand Antrag

Notwendige Verschärfungen im Asylwesens (178/UEA)

Verhandlungsgegenstand Antrag

Erstellung eines jährlichen österreichischen Islamisierungsberichtes (168/UEA)
Verhandlungsgegenstand Antrag

Aufstockung des Personalstandes bei der Exekutive (166/UEA)
Verhandlungsgegenstand Antrag

Bemessungsgrundlage der Versicherungssteuer bei Kraftfahrzeugen (164/UEA)
Verhandlungsgegenstand Antrag

Rechtsanspruch auf persönliche Assistenz am Arbeitsplatz (161/UEA)
Verhandlungsgegenstand Antrag

Anfragen

Insgesamt wurden bisher über 750 Anfragen vom Freiheitlichen Parlamentsklub eingebracht. Hier werden nur jene Anfragen aufgeführt, die bereits beantwortet und bisher noch nicht im Klubjournal veröffentlicht wurden. Die Gesamtliste der Anfragen ist sowohl auf den Seiten des Parlaments als auch auf der Seite des Freiheitlichen Parlamentsklubs abrufbar.



Gesamtliste auf www.fpo-parlamentsklub.at

Gesamtliste auf [Parlamentsseite](#)

Interventionen für Michail Cherney (1349/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Biodieselproduktion in Österreich (1338/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Eurofighterkosten (1337/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Pulsmesser für Rekruten (1336/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Aufruf auf der Internetseite "imZoom" zur Störung einer gesetzeskonformen Veranstaltung (1335/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungshilfe der Republik Österreich (1334/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Mutmaßliche Vergiftung Abdullah Öcalans (1333/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Eventueller Rechtsverbindlichkeit der Grundrechts-Charta und deren Folgen (1332/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Enrichkaserne (1324/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Assistenz des Bundesheeres bei der EM 2008 (1323/J)	Anfrage	Beantwortung
Liegenschaftsverkäufe (1322/J)	Anfrage	Beantwortung
Aufnahmekriterien bei der Wiener Polizei (1321/J)	Anfrage	Beantwortung
Beschaffungswesen (1320/J)	Anfrage	Beantwortung
Bundesheerreform, Projekte und Projektkosten (1319/J)	Anfrage	Beantwortung
Anspruch auf Arbeitslosengeld in Folge der VO EG 1408/71 ("Wanderarbeitnehmerverordnung") (1318/J)	Anfrage	Beantwortung
Brenner Eisenbahngesellschaft (BEG) und tatsächlichen Baukosten bei der Untertalstrecke (1317/J)	Anfrage	Beantwortung
Importe gefährlicher Abfälle nach Österreich (1316/J)	Anfrage	Beantwortung
Phalacrocorax carbo Problematik in Österreich (1315/J)	Anfrage	Beantwortung
Angriff auf Mitglieder des Ringes Freiheitlicher Studenten (1314/J)	Anfrage	Beantwortung
Vorwurf der parteipolitischen Betätigung eines Schülers und daraus resultierende Verhaltensnote (1313/J)	Anfrage	Beantwortung
ÖBB-Rauchverbot (1312/J)	Anfrage	Beantwortung
"Politische Auslieferungscausa Kasachstan" (1311/J)	Anfrage	Beantwortung
"Mehr Migranten in die Polizei" (1310/J)	Anfrage	Beantwortung

Ansuchen eines Justizwachebeamten nach einem tätlichen Angriff durch einen ausländischen Häftling auf eine Geldaushilfe (1211/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Zusammenlegung der Wachkörper (1210/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Protokollierungsmodus (1209/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Ausrüstung der Exekutive und Vorbereitung auf die EM 2008 (1208/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Bestrafung wegen kritischem E-Mail (1207/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Ausschreitungen in Kapfenberg (1206/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Einsatzbereitschaft von KFZ und Sonderfahrzeugen der Polizei(1205/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Dramatische Steigerung der Anzahl von Versuchstieren (BMGFJ) (1204/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Dramatische Steigerung der Anzahl von Versuchstieren (BMWf) (1203/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Ausstehende Kollektivverträge für viele Berufsgruppen (BMWA) (1202/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Von den EU-Agrarministern beschlossenes Bio-Gütesiegel (1173/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Ausstehende Kollektivverträge für viele Berufsgruppen (BMSK) (1172/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Intervention für Michail Cherney (1169/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Ausstellung eines Dienstpasses für Mag. Martin Schlaff (1167/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Schleppertätigkeiten von Asylwerbern aus der Mongolei (1160/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Diebstähle eines Asylwerbers in Lokalen (1159/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Aufenthalt eines wegen eines Drogendeliktessvorbestraften Asylwerbers (1158/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Einbruchsdiebstähle von fünf Asylwerbern (1157/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Tätigkeit von über 900 Asylwerbern als Drogendealer im Jahr 2006 (1156/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Russische Asylwerber (1155/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Messerattentat zweier Asylwerber in Linz (1154/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Verstoß gegen Alkoholverbot und Beschädigung eines Rettungswagens (1153/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Messerattacke in der "Innsbrucker Nordafrikanerszene" (1152/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Messerattacke in der "Innsbrucker Nordafrikanerszene" (1151/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Raubüberfall auf eine Mc-Donalds-Filiale von einem mazedonischen Asylwerber und Komplizen (1150/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Diebstähle einer Asylwerberin mit Tochter (1149/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Maßnahmen für Menschen mit Behinderung und im Pflegebereich (1148/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Förderung der europäischen Atomenergie seitens der Republik Österreich durch den EURATOM-Vertrag (1147/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>

Vereinbarkeit parteipolitischer Aktivitäten mit dem Richteramt (1146/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Stand der Ausarbeitung von Textvorschlägen der Expertengruppe für die Staats- und Verwaltungsreform (1139/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Verschleppung österreichischer Staatsbürger im südsteirischen und südostkärntnerischen Raum durch Tito Partisanen (BMJ) (1109/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Verschleppung österreichischer Staatsbürger im südsteirischen und südostkärntnerischen Raum durch Tito Partisanen (BMEIA) (1108/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Verkauf von ehemals deutschem Ackerboden in der Tschechischen Republik (BMJ) (1107/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Verkauf von ehemals deutschem Ackerboden in der Tschechischen Republik (BMEIA) (1106/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Tätigkeit der Staatsanwaltschaften (1091/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Provisionskürzung bei Autobahnvignetten durch die ASFINAG (1090/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Ausstellung von für die Einreise in die USA problematischen Reisepässen im Zeitraum vom 26. Oktober 2005 bis zum 15. Juni 2006 (1084/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Neues Asylverfahren für einen vorbestraften georgischen Asylwerber (1031/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Im Rahmen des Stradivari-Falles festgenommene vorbestrafte georgische Asylwerber (985/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Vorgänge um die Wirtschaftsengineering Burgenland GmbH (980/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Kosten für das Militärattachéwesen in Berlin und Brüssel (979/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

"Schwimmteilung" an Tiroler Schulen (956/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Umfahrung Sillian (948/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Polizeiinspektion Zell am Ziller (945/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Familienpolitik (941/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Standortnutzung des Finanzamtes für den 12., 13., und 14. Bezirk (BMF) (940/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Standortfolgenutzung des Finanzamtes für den 12., 13., und 14. Bezirk (BMI) (939/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
"Schwimmteilung" an Tiroler Schulen (956/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Umfahrung Sillian (948/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Polizeiinspektion Zell am Ziller (945/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Familienpolitik (941/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Standortnutzung des Finanzamtes für den 12., 13., und 14. Bezirk (BMF) (940/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Grenzüberwachung trotz Schengenerweiterung (919/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Lehrlinge im öffentlichen Dienst (918/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>
Wahabitische Umtriebe in Österreich (915/J)	<u>Anfrage</u>	<u>Beantwortung</u>

Rohrbombenfund in Wels (914/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Öffentliche Hasstiraden, Todesdrohungen und Rohrbomben gegen die FPÖ und diverse Vorfeldvereinigungen bzw. befreundete Vereine (913/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Rohrbombensprengversuche (912/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Grenzüberwachung trotz Schengenerweiterung (908/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Rolle von GenMjr Erich Wolf während der Vertragsverhandlungen mit der Eurofighter GmbH (906/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Nachfolge von Brigadier Josef Bernecker (905/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Falschankunft aus dem Finanzstrafregister (903/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Seniorenfreifahrten (902/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Steuerleistung und Finanzierung der Sportförderung II (901/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Steuerleistung und Finanzierung der Sportförderung I (900/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Analphabetismus in Österreich(893/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Islam (865/J)

[Anfrage](#)

[Beantwortung](#)

Die Abgeordneten des Freiheitlichen Parlamentsklubs

Die Debattenbeiträge der Abgeordneten können über die (verlinkte) Abgeordnetenseite auf den Seiten des Freiheitlichen Parlamentsklubs abgerufen werden.

Nationalräte:

[Heinz-Christian Strache](#) [Homepage](#)

[Dr. Robert Aspöck](#)

[Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein](#)

[Dr. Reinhard Eugen Bösch](#)

[Dr. Peter Fichtenbauer](#) [Homepage](#)

[Alois Gradauer](#)

[Mag. Dr. Martin Graf](#) [Homepage](#)

[Mag. Dr. Manfred Haimbuchner](#)

[Mag. Gerald Hauser](#)

[Ing. Norbert Hofer](#) [Homepage](#)

[Herbert Kickl](#)

[Dipl.-Ing. Karlheinz Klement, MAS](#)
[Homepage](#)

[Dr. Gerhard Kurzmann](#)

[Leopold Mayerhofer](#)

[Werner Neubauer](#)

[Barbara Rosenkranz](#)

[Mag. Ewald Stadler](#)

[Bernhard Themessl](#)

[Harald Vilimsky](#) [Homepage](#)

[Lutz Weinzinger](#)

[Wolfgang Zanger](#)

Bereichssprecher für:

Medien

Verfassung

Gleichbehandlung, Gesundheit

Europa, Außenpolitik, Entwicklungs-
zusammenarbeit

Justiz, Landesverteidigung

Budget

Unterricht, Forschung & Wissenschaft

Jugend, Vertriebene

Rechnungshof, Tourismus, Südtirol

Umwelt, Behinderte, Luft- und Raumfahrt

Arbeit & Soziales, Kultur, Lehrlinge, Sport

Bauten, Agrar, Infrastruktur & Energie,

Volksgruppen, Tierschutz

Petitionen & Bürgerinitiativen, Menschenrechte

Öffentlicher Dienst, Senioren

Familie, Frauen, Inneres

Industrie & Wirtschaft

Konsumentenschutz, Verkehr

Finanzen

[Liste aller Ausschüsse](#)

Bundesrat:

[Monika Mühlwerth](#)

Mitglied des Europäischen Parlaments:

[Andreas Mölzer](#) [Homepage](#)

Rückfragen und Anmeldung zur weiteren Zusendung via E-Mail an: klubjournal@fpoe.at Klubjournale zum Herunterladen
